

# **Baron Münchhausen: Kein Märchen**

Wie ernst der Adel genommen wird zeigen die Illustrierten unserer Tage immer wieder wenn sie mit Homestorys und Skandalen aus den Kreisen des Adels aufwarten, um ihre Kassen zu füllen. Geschichten über den Adel erfreuen sich insofern immer noch großer Beliebtheit. Um adelig zu werden, gab es immer schon verschiedene Wege. Nicht jeder brauchte das blaue Blut. Normal war es, als Adelige geboren zu werden. Einheiraten war ganz schwierig und führte immer wieder zu Skandalen. Man brauchte eben die entsprechenden Eltern. Dann gab es – namentlich im 19. Jahrhundert – viele Fälle, da wurde jemand wegen besonderer Verdienste in den Adelsstand erhoben. Nun hat Gerhard Schröder eine neue Möglichkeit hinzugefügt: Man muß sich nur wie ein bestimmter Adelige benehmen und schon adelt man sich selbst. Man schwindelt wie weiland der Baron von Münchhausen und schon hat man sich seinen Titel erworben, indem man es ihm gleichtut. Man muß nur ein ziemlich hohes Amt haben und ziemlich dreist und unverfroren die Menschen beschwindeln. Gerhard Schröder hat sich den Titel des Schwindel-Barons redlich verdient.

Neben dem Bild des Barons M. beim Ritt auf der Kanonenkugel hat sich jenes eingepägt, das ihn bei dem Bemühen zeigt, sich selbst am Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Physikalische Gesetze lassen dies als unmöglich erscheinen. Politische Gesetzmäßigkeiten sind anders. Aber auch sie verbieten eigentlich das Gelingen eines solchen Versuchs. Und doch bleibt dem Schwindel-Baron Schröder keine andere Möglichkeit, sich aus dem Sumpf zu befreien, in den er sich selbst begeben hat. Denn wer anders sollte ihn herausziehen? Vielleicht der Wähler, wenn 2006 auch der nächste Schwindel gelingt. Eine Besserung des Barons jedenfalls ist kaum zu erwarten. In dem Alter ändert man sich nicht mehr. So hofft der aufmerksame Zeitgenosse und Patriot auf den „mündigen“ Bürger, der dem Schwindel-Baron die Möglichkeit nimmt, uns alle weiter in dem Sumpf zu befördern.

## **Der Schwindel Nr. 1**



### **„Sein, Aufschwung**

Schon vor der Wahl 1998 hat er den Schwindel praktiziert. Als es im Frühjahr 1998 – also lange vor den Wahlen - einen leichten Aufschwung gab, gab er in einer Zeitungsannonce (23.4.98) zum Besten: „Der Aufschwung, der jetzt kommen wird, wird schon unser Aufschwung sein.... Im September können Sie den Aufschwung sicher machen.“ Als er, Schröder, dann im September an die Macht kam, ging der Aufschwung bald verärgert weg. Und bis heute kam er nicht wieder. Es war halt nicht sein Aufschwung. Warum hätte er also bleiben sollen? Vielleicht hat er damals 1998 auch noch geglaubt, eine „Politik für neue wirtschaftliche Dynamik“, wie er sie nannte, durchsetzen zu können.

Gemeinsam mit Toni Blair und Bodo Hombach. Dieser Glaube mag ihn bewogen haben das große Versprechen abzulegen, die Arbeitslosigkeit wesentlich zu senken: „Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit signifikant zu senken, dann haben wir es nicht verdient, wiedergewählt zu werden.“ Erst war das Ziel von 2 Millionen genannt, dann als er die Felle schwimmen sah, korrigierte er sich. Nun wollte er die Arbeitslosigkeit nur noch auf 3 Millionen senken.

Bei der Wahl 2002 stand er nicht mit ruhigen Händen da, sondern mit leeren. Die Wähler haben es ihm wohl verziehen, obwohl die Arbeitslosigkeit die 4 Millionen-Grenze erreichte. Aber bis zum

22. September 2002 wußten sie ja noch nicht, welche Schwindeleien noch ans Tageslicht kommen würden. Dazu einige Beispiele:

## **Der Schwindel Nr. 2**



### **Schulden verschwiegen – Stabilitätspakt verletzt**

Monate vor der Wahl war es dem Finanzministerium offenbar nicht möglich, die aktuellen Zahlen des Haushaltsdefizits zu ermitteln. Die Beamten seien mit dem Rechnen noch nicht fertig, hieß es. Es schien diesmal ganz besonders mühsam zu sein. Selbst eine Mahnung aus Brüssel konnte die rechnenden Beamten nicht beflügeln. Aber vier Tage nach den Wahlen, da waren sie plötzlich da: Die peinlichen Zahlen. Da konnte Eichel gegenüber der *Financial Times* bekennen, er habe schon seit Monaten gewußt, daß es immer schwerer werde, die 3-Prozent-Grenze des Stabilitätspaktes einzuhalten. Nur der Wähler sollte es vor der Wahl nicht wissen. Und das darf man getrost Roßtäuscherei nennen.

Haushaltskonsolidierung sollte das Ziel sein. Der „eiserne“ Hans galt als Symbol des Sparens. Alles nur Täuschung. Nach der Wahl gab es Milliarden-Löcher zu stopfen. Und die Marge des Stabilitätspaktes von 3 Prozent wurde verletzt. Brüssel rechnet mit 3,7 Prozent. Ja, es droht die Gefahr, daß es nach einer Aufweichung der Kriterien des Stabilitätspaktes sogar zu einer Aussetzung des ganzen Vertrages kommt. Schließlich gab es einige (Frankreich, Italien), die diesen Vertrag ohnehin nicht wollten. Er war eine deutsche Erfindung und ein Mittel, die deutsche Öffentlichkeit zu beruhigen und die Zustimmung des Parlaments zur Abschaffung der DM zu bekommen. Der Stabilitätspakt wurde als das Mittel verkauft, das geeignet sei, den EURO so stabil wie die DM zu machen. Und diesen Vertrag verletzen als erste seine Erfinder und warmherzigen Befürworter. Und dies geschieht, weil die deutsche Regierung vier Jahre mit ruhigen untätigen Händen auf einen Aufschwung wartete und nichts für diesen Aufschwung tat.

Ein „gewaltiger Imageverlust“ für Deutschland, meinte Waigel, der ehemalige Finanzminister. Leider wird es schlimmer werden als nur ein Imageverlust. Der Regierung Kohl hatte man Schuldenmacherei

vorgeworfen. Jetzt übertrifft man sie um Längen. Brüssel wurde hinters Licht geführt, der deutsche Wähler beschwindelt – die Wahlen gewonnen. Der Schwindel-Baron läßt grüßen.

Das sollten sich die Wähler kein zweites Mal bieten lassen. Andernfalls müßte man das deutsche Sprichwort abschaffen, wonach Lügen kurze Beine haben.

## **Der Schwindel Nr. 3**



### **SPD: „Rentenbeiträge bleiben stabil“**

Über Rentenschwindel ist schon häufiger diskutiert worden. Was sich jetzt bietet spottet jeder Beschreibung. Trotz des Koalitionsvertrages streiten sich die Koalitionäre. Was endgültig gelten wird, weiß noch niemand so genau. Daß aber das gebrochene Wort gelten wird, ist schon jetzt klar. Vor den Wahlen hat die Regierung die Beitragshöhe für die Renten von 19,1 Prozent des Lohnes „garantiert“. Im Wahlkampf las man die folgende SPD-Anzeige:

„CDU/CSU und FDP: Rentenbeiträge werden erhöht.

SPD: Rentenbeiträge bleiben stabil.“

Das war kurz und bündig, aber die Unwahrheit. Dann ging es nach der Wahl nur noch darum, ob die Erhöhung auf 19,3 oder 19,5 Prozent steigt. Am 4.11. einigte man sich auf eine Erhöhung um 0,4 Prozentpunkte, also auf 19,5 Prozent. Außerdem soll die sogenannte Schwankungsreserve auf 50 Prozent abgesenkt werden. Damit stehen weniger Rücklagen für kritische Liquiditätsmomente der Rentenversicherung zur Verfügung. Außerdem soll die Beitragsbemessungsgrenze von 4.500 EURO auf 5.100 EURO angehoben werden. Auf diese Weise bekommt man mehr Beitragszahler. Als Grund wird die schlechte zu erwartende Wachstumsrate im Jahre 2003 angeführt, die man von 2,5 Prozent nun auf 1,5 Prozent korrigiert hat. In Wahrheit war ihnen seit langem bekannt, daß die 2,5 Prozent nicht zu halten sein würden. Ende Januar 2003 wurden auch die 1,5 % Wachstum Makulatur. Allenfalls wird das Wachstum 1 % betragen. Der Haushalt 2003 muß umgeschrieben werden. Durch Verheimlichen und den Verzicht auf die notwendigen Korrekturen vor der Wahl wollten sie ihre Wahlchancen verbessern. Ein Beitrag also zu dem Thema: Durch Lug, Trug und Wählertäuschung zum Wahlsieg. Der „Baron“ läßt schwindeln.

Da ein Teil der Beiträge vom Arbeitgeber zu zahlen sind, steigen die Lohnnebenkosten, die man zu senken die Absicht hatte und immer wieder bekundete. Im Regierungsprogramm für die Zeit nach diesen Wahlen hieß es lapidar: „Die Lohnnebenkosten (Rentenversicherung) werden verringert.“ Ach wären sie doch nur gleich geblieben. Nun werden sie nicht nur nicht verringert, sie werden erhöht. Ein Schwindel kommt eben selten allein.

Die Kassenlage war vor der Wahl bekannt. Wer dem Souverän derartige wichtige Daten verschweigt, ist kein einfacher Schwindler. Er versündigt sich an der Demokratie. Denn deren Funktionsfähigkeit hängt von der soliden Information der Bürger ab. Das hat die SPD mit ihrem Vorsitzenden Gerhard

Schröder willentlich und wissentlich verhindert. Schwindel-Baron ist da wohl eine eher verharmlosende Bezeichnung.

## **Der Schwindel Nr. 4**



### **Not macht erfinderisch**

Das gilt offenbar auch dann, wenn die Notlage selbst verschuldet wurde. Und daran gibt es keinen Zweifel. Denn Gerhard Schröder hat alles das nicht getan, was er versprochen hat und was die nun eingetretene Notlage vermieden hätte. Was meinte er 1998? Es solle „einen neuen Gesellschaftsvertrag“ geben, zu einem „großen Bündnis der Modernisierer“ solle es kommen, zu „neuen Koalitionen derer, die Eigeninitiative zeigen wollen“. Und ganz selbstverständlich wolle Deutschland „Anschluß gewinnen an den Aufschwung der Europa erfaßt“.

Im Koalitionsvertrag vom 20.10.98 hieß es bei den Zielvorstellungen u.a.: Man wolle die „Wirtschaftskraft durch nachhaltiges Wachstum und Innovation stärken“. Das nachhaltige Wachstum werde sich durch „Förderung von Handwerk, kleinen und mittleren Unternehmen“ ergeben. Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates werde durch die „Sanierung der öffentlichen Finanzen“ zurück gewonnen. Keines dieser Ziele ist erreicht worden, weil man keinerlei Schritte eingeleitet hat, die zur Gesundung unserer Wirtschaft erforderlich gewesen wären. Alle Versprechen wurden gebrochen. Und der neue Koalitionsvertrag gibt die Verwaltung der Notsituation wieder. Der Kommentator der Welt sieht das so: „Von grundlegenden Strukturreformen ist keine Rede. Statt dessen wird, wie die SPD-Linke bereits jubilierend angekündigt hatte, Eichels Konsolidierungskurs aufgeweicht. Damit haben die Koalitions-verhandlungen zwar keinen Sieger, aber einen eindeutigen Verlierer: Den Bundesfinanzminister. Mit ihm zusammen muß der Bürger nun für die nächsten vier Jahre alle Hoffnung auf Sanierung der maroden Staatsfinanzen und Sozialsysteme fahren lassen.“

Man muß die Bürger weiter und immer wieder zur Kasse bitten, um die Löcher zu stopfen, die eine falsche Politik gerissen hat. „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären“, sagte schon Schiller. So muß man über die Dörfer gehen und Möglichkeiten suchen, um zu Geld zu kommen. Wenn Steuererhöhungen gemeint sind, spricht man von „intelligentem Sparen“ oder vom „Stopfen von Schlupflöchern“. Die Aufweichung und der Bruch des Stabilitätspaktes nennt sich „konjunkturelle Ausgestaltung“. Und dergleichen gibt es mehr. Ist es noch Beschönigung oder schon Schwindel? Verarschen ist es allemal. Schließlich hatte man ja die bedeutendste Steuerreform im Sinne von Steuersenkungen verkündet. Und nun das. Nun braucht man jenen durch Not erzeugten Erfindungsgeist, um dem Bürger das Geld aus der Tasche zu holen. Dazu Laurenz Meyer: „Kreativ ist die rot-grüne Koalition nur, wenn es darum geht, den Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Nach wie vor fehlt der Regierung Schröder der Mut zu durchgreifenden Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Ideenlos und ohne Konzept wurstelt Rot-Grün vor sich hin und streitet sich über Kompetenzen. Das ist der einzige nachhaltige Eindruck, den die Koalition bisher hinterläßt.“

Und da tauchen nun wirklich seltsame Blüten auf. Ob sie alle Frucht bringen, weiß man nicht. Denn derzeit läuft alles nach dem Motto: Heute so und morgen so, gestern contra heute pro. Was gestern verkündet wurde kann heute falsch sein und morgen wieder gelten. Nachbessern oder verschlimmbessern, das ist hier die Frage.

## **Der Schwindel Nr. 5**



### **Spenden besteuern**

Bescheuert kann man dazu nur sagen. Aber tatsächlich wurde diese Idee ernsthaft erwogen und gewollt, die Steuerabzugsfähigkeit von Spenden zu beseitigen. Der öffentliche Protest konnte deutlich machen, daß dadurch das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen sinken würde und dem Staat dadurch Kosten entstehen könnten. Denn sowohl im kulturellen wie im sozialen Bereich werden dem Staat durch Spenden beachtliche Lasten abgenommen. Schließlich führte der gesammelte Zorn zur Rücknahme der eingeleiteten Maßnahme.

## **Der Schwindel Nr. 6**



### **Ehegattensplitting**

Es schien so, als hätten die Parteien vor der Wahl die Familie entdeckt, um sie als Mittel zur Bestandsgarantie unserer Gesellschaft zu fördern. Nach der Wahl ist nun alles anders. Jetzt wird bei Rot-Grün deutlich, woher der Wind weht. Der neue Generalsekretär der SPD sprach von dem Ziel der „Lufthoheit über den Kinderbetten“, die man erringen wolle. Mit einem Ausbau der Ganztagschulen wolle man eine „kulturelle Revolution“ einleiten. Dabei wird das Ziel einer Auszehrung der Familie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln erkennbar. Der Weg ist markiert von der möglichst weitgehenden Gleichsetzung von ehelichen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften, Einschränkung der Eigenheimförderung, Diskreditierung der Mütter, die der Kinder wegen zu Hause bleiben wollen. Auch die Diskussion um eine Beseitigung des Ehegattensplittings geht in diese Richtung.

Welcher Geist dahinter steht und wohin das führen kann beschreibt der Kommentator der FAZ (4.11.02) so: „Zerstörung der Ehe, Entwertung der Familie als Lebens- und Fürsorgegemeinschaft, das ist in der Tat eine kulturelle Revolution. Nur originell ist sie nicht. Sie entspringt der Tradition eines freiheitsverachtenden sozialistisch-totalitären Denkens, das im dritten Reich und in der DDR schon einmal tragische Urständ gefeiert hat.“

## **Der Schwindel Nr. 7**



### **Eigenheimzulage**

Jede Medaille hat zwei Seiten. Und fast jede Sparmaßnahme der Regierung hat Nebenwirkungen. Die Absenkung der Eigenheimzulage kann die Neigung, sich ein Haus zu bauen vermindern und damit der ohnehin leidenden Bauwirtschaft weitere Arbeitsplätze entziehen und damit die Sozialkassen belasten, die man doch entlasten wollte. Das mag der Grund sein, weshalb es um dieses Thema Koalitionskrach und Verwirrspiele gab. Im Koalitionsvertrag formulierte man verwaschen und ganz positiv. Man wolle die Zulage auf diejenigen „konzentrieren“ (man meinte: beschränken), die sie wirklich brauchen, nämlich: Familien mit Kinder. Der Blick auf die Zahlen machte indessen klar, künftig bräuchte man 5 bis 6 Kinder, um keine Verschlechterung der Eigenheimzulage zu erfahren. Wer aber hat die schon. Wahrscheinlich wäre es auf diese Weise zu einer Spezialförderung für türkische Großfamilien gekommen. Die ärgste Grausamkeit wurde revidiert. Schon wie 1999 das Wort „Nachbesserung“ zum Wort des Jahres wurde, machen die jetzigen Nachbesserungen deutlich, wie schludrig die Regierung arbeitet. Oder hat man den Wagen in den Dreck gesetzt, weil man schon nicht mehr an den Wahlerfolg glaubte und nun - wieder unvorbereitet - den selbst produzierten Schutt zu beseitigen hat?

## **Der Schwindel Nr. 8**



### **Steuererhöhungen**

Die sollte es laut Baron Gerhard nicht geben. Am 26. Juli 2002 erklärte er in der ARD: „Steuererhöhungen sind in der jetzigen konjunkturellen Situation ökonomisch unsinnig, und deswegen ziehen wir sie auch nicht in Betracht!“ Das war vor der Wahl.

Nun gibt es sie doch. Den Schwindel mit der Ökosteuer hatten wir schon. Die Ökosteuer ist keine Ökosteuer, sondern bezogen auf die Erhebungsart eine Erhöhung der Mineralölsteuer und bezogen auf den Zweck eine Rentenfinanzierungssteuer. Der Name ist eine Täuschung: Ein Teil der Mineralölsteuer wird zur „Öko“-Steuer veredelt, um die Renten finanzieren zu können, weil die überfällige Rentenreform nicht in notwendigem Umfang erfolgt ist. Die nächste – vorläufig letzte? – Stufe erreicht uns im Januar mit 3,5 Cent Aufpreis. Da man hier erst einmal Schluß machen will, muß man andere Stellen suchen, um Geld locker zu machen. Da hat man nun das Erdgas und das leichte Heizöl gefunden. Noch eine Steuererhöhung also. Dabei sollte niemand vergessen, daß die viel gepriesene „erneuerbare Energie“ sich keineswegs von selbst erneuert oder so kostenlos ist wie Wind

und Sonne. Vielmehr ist sie erheblich teurer als die alt bekannten Energieformen. Auch hier gibt es so eine Art Schwindel. Denn der Energieverbraucher muß die hohen Kosten für die Vorsilbe „Öko“ über seine Abrechnung beim Energieanbieter mit zahlen. Energieversorger sind gesetzlich gehalten teuren Ökostrom einzuspeisen. Die Ökostrom-Produzenten erhalten dafür eine Vergütung. Seit 1999 kommen Steuern auf Gas und Strom hinzu. Der Verbraucher zahlt den höheren Preis für Ökostrom mit. Je mehr Ökostrom, desto höher der Verbraucherpreis. Aber Steuererhöhungen sollte es ja nicht geben, meinte der Herr Baron.

## **Der Schwindel Nr. 9**



### **Gesundheitssystem: „...seine Qualität sichern und stärken.“ So steht es im Wahl-Programm der SPD**

In diesem Zusammenhang von der überfälligen Gesundheitsreform zu reden erscheint überflüssig. Da ist schon seit vier Jahren nur Chaos und Wurstelei angesagt. Die Aussichten auf eine solide Reform sind gering. Der Weg geht in Richtung Leistungsminderung. Von Sicherung und Stärkung der Qualität ist nichts zu spüren. Auch hier erkennen wir das Spiel mit gezinkten Karten.

## **Der Schwindel Nr. 10**



### **Der „deutsche Weg“ als Täuschung**

Als die Wahlniederlage von Rot-Grün im August erkennbar war, suchte man aus dem leeren Zylinder Kaninchen zu zaubern.

Hartz hieß das eine, Nichtbeteiligung an einem Irak-Krieg das andere. Obwohl dieser Krieg noch nicht feststand und niemand eine deutsche Beteiligung erbeten hatte, lehnte man vorsorglich ab. Das machte einerseits in Deutschland Eindruck und störte andererseits das Verhältnis zu den USA empfindlich.

Aber mit der Zauberei ist es eben so eine Sache. Geschwindigkeit ist ebenso wenig Zauberei wie ein Griff in die Trickkiste. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes war groß. Die Angst der Deutschen vor einem Krieg war größer. Was lag also näher als mit der einen Angst die andere zu relativieren und zu verdrängen. Der Ohne-mich-Standpunkt ist seit dem

II. Weltkrieg tief in Deutschland verwurzelt. Eines ist klar und eindeutig: Eine Mehrheit der Deutschen hat mit einer Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak nichts am Hute. Dazu kommt die Feststellung, daß an den Rändern rechts wie links ein ausgeprägter Anti-Amerikanismus vorhanden ist. Dessen Ursachen mögen bei der ungewünschten Coca-Cola-Kultur beginnen und bis zum betont arroganten Umgang der Weltmacht USA mit dem Rest der Welt reichen. Die Ursachen mögen

vielseitig sein, das Ergebnis ist klar. Die Mehrheit der Deutschen mag keinen Krieg – auch nicht gegen Saddam Hussein. Sie sehen sich bisher auch nicht als gefährdet an. Und sie stellen vielleicht die Frage: wieso denn die USA gefährdet sein sollen. Selbst wenn es die von den USA und Israel immer wieder beschworenen Massen-vernichtungswaffen im Irak gäbe, für die USA wären sie genauso ungefährlich wie die Nord-Koreas, Indiens, Pakistans oder des Iran. Der SPD ging es offenbar darum, den latenten Anti-Amerikanismus und die Abneigung, an Kriegen beteiligt zu werden, die „fern in der Türkei“ stattfinden, in Wählerstimmen umzumünzen. Dazu erschien auch ein erneuter Bruch der Glaubwürdigkeit hinnehmbar zu sein. Die Wendung von der „uneingeschränkten Solidarität“ über die Absage an „Abenteuer“ bis hin zu „unserem deutschen Weg“, das muß dem aufmerksamen Zeitgenossen als Wendung um 180 Grad erscheinen. Erst wurde die uneingeschränkte Solidarität zelebriert als handle es sich um Nibelungen-treue und eine Art ebenso blinder wie absoluter Gefolgstreue gegenüber den Vereinigten Staaten. Insgeheim wurden sogar Soldaten in die Golf-Region entsandt. Erst nach einem Prozeß des Durchsickerns von Informa-tionen wurde die Öffentlichkeit informiert. Und dann die plötzliche Wende. Sie wurde nicht in der Regierung beschlossen. Sie wurde nicht dem Bundestag in einer Regierungserklärung verkündet. Sie wurde nicht im Bemühen um nationalen Konsens in Grundfragen von Krieg und Frieden mit den Spitzen der Opposition beraten. Ganz und gar nicht. Eine wesentliche Wende deutscher Politik wurde in der KAMPA erfunden und bei der Wahlkampföffnung der SPD in Hannover verkündet. Das ist und bleibt ein schwerwiegender Fehler. Da ich das Wort Tabubruch nicht mehr hören kann, bezeichne ich auch diesen Vorgang als Wählertäuschung. Daß diese Wende nicht ganz ernst gemeint war, zeigt das partielle Zurückrudern nach der Wahl. Nur die unermessliche Gier nach Machterhalt kann solche Blüten zaubern. Der „deutsche Weg“ war das letzte Kaninchen aus einem leeren Zylinder. Der Trick funktionierte. Der Wahlerfolg stellte sich ein. Der Trick hat seine Schuldigkeit getan. Nach der Wahl ging es um die Rolle rückwärts. Die Täuschung gelang. Nun war die Kehrtwende dran. Nun müht man sich das zerschlagene Porzellan zu beseitigen, ohne den Eindruck von Canossa-Gängen zu erwecken. Am Charakter der Aktion als Wähler-täuschung kann indessen nicht gezweifelt werden. Deutsche Soldaten sind noch immer in Kuwait und am Horn von Afrika. Als Minister Fischer von einer englischen Zeitung nach dem „deutschen Weg“ gefragt wurde, sagte er: „Vergessen Sie’s.“ Der Wähler wurde hinters Licht geführt. Der Schwindel-Baron läßt grüßen.

**Schwindel ohne Ende u.s.w.,  
u.s.w., u.s.w.**



### **Kurs in Richtung Konkurs**

Insgesamt gesehen wird deutlich, daß der Kurs dieser Regierung auf Konkurs gerichtet ist. Wenn man normalerweise damit rechnet, die Wähler werden nach vier Jahren alle Grausamkeiten dieser Tage vergessen haben, wird man jetzt eher die folgende Meinung teilen wollen: „Was die rot-grüne

Koalition gerade in die Wege leitet, ist jedoch doppelt grausam: Es schmerzt, verspricht aber keine Linderung. Am Ende dieser Wahlperiode wird dieses Land aller Voraussicht nach schlechter dastehen als an deren Anfang.“ (FAZ 4.11.02)

Aber vielleicht fallen dem Herrn Baron dann wieder neue Täuschungsmanöver ein, die dem weniger mündigen Wähler neue Hoffnungen machen.

## **Noch ein Schwindel**



### **Der Flop der „größten Steuersenkung“**

Im Regierungsprogramm für die Jahre 2002 bis 2006 verkündigten die Sozialdemokraten großsprecherich: „Wir haben den Weg in den Schuldenstaat gestoppt und die Politik der Haushaltskonsolidierung zu unserem Markenzeichen gemacht.“

Die Wirklichkeit ist plötzlich anders. Die vorgesehene Neuverschuldung im Wahljahr von 21 Milliarden ist in die Nähe von 35 Milliarden EURO gestiegen. Die Konsolidierung des Haushalts liegt eher im Reich der Träume. So wird aus einem Markenzeichen im Programm Makulatur in der Wirklichkeit. Im Regierungsprogramm für die Jahre 2002 bis 2006 lesen wir gutgläubig weiter: „Mit der Steuerreform haben wir die größte Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht.“ Aber dann kam die Wirklichkeit. Die Flut hat die 9 Milliarden Entlastung der zweiten Stufe zunächst einmal um ein Jahr verschoben. Inzwischen haben wir noch eine Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer zur Finanzierung des Anti-Terror-Paketes bekommen. Die versprochene „Beibehaltung von Ausnahmetatbeständen für energieintensive Unternehmen“ wird es auch nicht geben, obwohl sie im Programm der SPD versprochen war.

Und doch gab es auch nach den Wahlen ein Machtwort des Kanzlers, das sich gegen weitere Steuererhöhungen richtete, die in seinen Kreisen diskutiert wurden. Dieses Machtwort machte dem Münchhausen alle Ehre. Denn es handelt sich um Schwindel. Er will nicht der Initiator sein für neue Steuererhöhungen, weil er im Bundesrat scheitern könnte und noch ein Wortbruch allzu offenkundig würde. So hofft er auf eine Initiative aus dem Bundesrat. Und der wird man sich selbstverständlich nicht in den Weg stellen. Man sucht nur noch den Hannemann dem man sagen kann: Geh du voran. Ministerpräsident Gabriel berichtete über ein Gespräch mit dem Bundeskanzler am 26.9., da habe er hinsichtlich einer Erhöhung der Erbschaftssteuer und Wiedereinführung der Vermögenssteuer „hohe Aufgeschlossenheit“ gezeigt. So ist das mit dem Machtwort eines Schwindel-Barons.

Vor der Wahl hatte die Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände ein Schreiben des Generals Münze erhalten, der ein getreuer Partei-Soldat des Schwindel-Barons ist, in dem es wörtlich hieß: „Wir planen keine Wiederbelebung der Vermögenssteuer. Auch ist eine Erhöhung der Erbschaftssteuer nicht beabsichtigt.“ Wie der Herr so's Gescherr. So kann der Steuerzahlerbund wahrheitsgemäß feststellen, die Steuerzahler seien im Wahlkampf „schwer hinters Licht geführt“ worden.

Auch sollen eine Reihe von Produkten, für die der halbe Mehrwertsteuersatz erhoben wird mit dem vollen Satz besteuert werden. Sogar das Trinkwasser wollte man auf diese Weise teurer machen. So mußte der Leser jener Zeitung, hinter der sich immer kluge Köpfe finden, zornig feststellen: „Das Versteckspiel ist zu Ende. Neu ausgestattet mit der Macht, befreien sich Sozialdemokraten und Grüne im Handumdrehen von den letzten Resten jener lästigen Spar- und Reformzwänge, die sich die Koalition in den vergangenen vier Jahren notgedrungen gelegentlich auferlegt hatte, um nicht schon bei der ersten Wiederwahl zu scheitern.“

Die Regierung macht das Leben in Deutschland so triste, daß sie ernsthaft erwägen sollte, die Vergnügungssteuer abzuschaffen. Für ziemlich viele Bürger hat sie ihren Sinn verloren.

## **„Aufforderung zum Tanz“ beim Betrügen**



### **„...Lügenmäuler sollen verstopft werden.“**

Im SPD-Programm für die jetzige Legislaturperiode ist auch der folgende Satz zu finden: „Betrug am Finanzamt ist kriminell und kein Kavaliersdelikt.“ Wie aber ist es zu bewerten, wenn eine Partei oder/und die Regierung das Volk hinter Licht führen? Da es sich beim Volk um den Souverän handelt, dessen Wohl zu mehren jeder Minister mit einem Eid bekundet, wird man sagen dürfen: Wenn die Regierung das Volk systematisch hinter Licht führt, ist es ebenfalls „strafbar“. Aber bekanntlich gibt es dafür keinen anwendbaren Straftatbestand. „Wenn Wahlbetrug ein Straftatbestand wäre, müsste die Berliner Staatsanwaltschaft gegen diese Bundesregierung ermitteln – von Amts wegen.“ (FAZ 8.11.02)

Einstweilen kann das Volk die Herrschaft solcher Schwindler bei Wahlen nach Ablauf der Legislaturperiode beenden. Nach Lage der Dinge genügt das nicht. Ein Beitrag zur Disziplinierung der Herrschenden und zur Minderung der Neigung zur Wählertäuschung könnte darin gesehen werden, Regelungen gesetzlich festzulegen, die dem Volk dann die Möglichkeit zu Neuwahlen gibt, wenn es von seiner Regierung die Schnauze voll hat – auch wenn noch keine vier Jahre vergangen sind. Dazu müßte man einen Volksentscheid zur Auflösung des Parlaments einführen. Da ja auch die Opposition im Parlament täuschungsgeschädigt ist, sollte sie eine solche Gesetzesinitiative ergreifen. Immerhin haben im Oktober 2002 laut dimap 62 % der Bürger gemeint, daß sie sich von der Regierung getäuscht fühlen.

Diese Bürger haben einen guten unverdächtigen Zeugen: Oskar Lafontaine: „Politiker müssen nach der Wahl das machen, was sie vor der Wahl versprochen haben. Sonst gibt es Ärger...Vor der Wahl wurde versprochen, keine Steuern anzuheben. Außerdem wurde in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, um den Haushalt stehe es besser, als jetzt offenbart wurde.“ (Morgenpost 8.11.02)

Ein solches Instrument kann den potentiellen Schwindel-Politiker zur Vorsicht bringen, weil der Bürger dann die Chance hat seiner erwünschten langen Amtszeit ein Ende zu bereiten. Das könnte wirken. Schließlich will man sich als Bürger nicht unnötig lange von einem „master of disaster“ regieren lassen.

Wer einmal lügt dem glaubt man nicht, sagt ein deutsches Sprichwort. Nun haben wir aber einen, dessen Schwindeleien den Charakter eines langen Registers angenommen haben. Adel verpflichtet. Wozu eigentlich? Bei Münchhausen war es wohl die Lust immer weiter zu schwindeln. Und Schröder bewegt sich in seiner Spur. Und das ist kein Märchen. Und das sollte sich ändern. Mit mündigen Bürgern sollte das nicht zu schwer sein. Denn schließlich sagt der Psalmist immer noch zutreffend: „Ihre eigene Zunge bringt sie zu Fall, daß ihrer spotten wird, wer sie siehet.“ (Psalm 64,9)

Man muß nur hören und sehen und sich nicht für dumm verkaufen lassen. Dann wird die Ankündigung König Davids sich erfüllen: ..... denn die Lügenmäuler sollen verstopft werden.“ (Psalm 63,12)



**Diese Schwindelliste wird  
regelmäßig aktualisiert**